

Bezugspreise:
Für Halle monatlich drei zweimonatliche
Lieferungen 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, sechs- bis zwölfmonatlich
82,50 Mark, die halbjährlich 41,25 Mark
einmal zu entrichten. Zusendungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
allgemeinen Zeitungsverzeichnis der
Einkaufszeitung eingetragen. Für
unverrichtete eingegangene Monu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Redaktionsamt mit der
Einkaufszeitung, Halle, Leipziger
Str. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1135 der Zeitungsbau-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Volke-Zeitung

Fünfundanzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile über deren Raum 40 Pf.,
Samstagszeilen 40 Pf., Resten
die 92 mm breite Milliometerzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 3 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-
nade 19, Dr. Straußhans. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 32 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 58.

Halle, Freitag, den 4. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Briand über das Pariser Diktat.

Vom deutschnationalen Geist.

Von

Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, M. d. R.

Während der Rede des Reichsministers Dr. Simons er-
regte sich ein Aufstand, der für die Welt der Deutsch-
nationalen Partei außerordentlich bezeichnend war. Gegenüber
ihrer maßhaltigen Forderung Voraussetzung der Auf-
nahme Deutschlands in den Völkerbund, erklärte Dr.
Simons mit seiner Ausruf, daß ihm Lord Curzon schon
gezeigt hätte, diese Drohung so lange für verfehlt zu
halten, als Deutschland einen Antrag auf Eintritt in den
Völkerbund noch nicht gestellt habe. Zu deutscher Form
war damit zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland den
Völkerbund von Versailles als das Gegenteil eines wahr-
haftigen und ehrlichen Völkerbundes betrachte. Gerade
deswegen mußte aber auch Dr. Simons deutlich erklären,
daß er für den großen Gedanken eines wahren Bundes der
Völker, daß er für dieses Symbol einer künftigen Entwid-
lung der Menschheit nicht nur volles Verständnis habe, sondern
auch die Teilnahme im Herzen trage. Für diese seine Auf-
fassung berief er sich auf das Zeugnis des Abg. Schif-
fer. Bei diesen Worten ging ein Lausen durch die Reihen
der deutschnationalen Abgeordneten, und milde
Stimmenrufe wurden laut.

Die Rechte beweist damit, daß sie immer
noch nicht erkennen will, daß die Verbände
der Gewaltpolitik ein Unglück für Deutsch-
land, ein Unglück für die Sieger, ein Unglück
für die ganze Menschheit sind. Was die Behauptung
der Gewaltpolitik führen, zeigt der Vertrag von Ver-
sailles. Am 28. Januar 1919 haben die Sieger
den Vertrag von Versailles geschlossen, und die
geplagten Völker zu ermöglichen, endlich in gelideter
friedlicher Arbeit das aus tausend Wunden blutende Europa
neu aufzubauen, hat man, weil der ganze Vertrag sich
in gewalttätigen Maßnahmen bewegt, Europa zu einem Herde
denkender politischer und wirtschaftlicher Not gemacht.
In Versailles hat die Gewaltpolitik banter
gewalttätig hinterlassen, ein Unglück für die
Welt werden können. Nur kommt als logische gewalt-
politische Folge des gewalttätigen Verfalls Fried-
dens die Wahnwitzforderung, daß Deutschland
42 Jahre lang in wirtschaftlicher Sklaverei befinden soll,
daß es 220 Milliarden Goldmark bezahlen und darüber
hinaus durch eine Exportabgabe von 12 Prozent die einzige
Quelle seiner Zahlungsfähigkeit, seine Exportfähigkeit,
verdiene. Es ist in der Tat ein Beweis von poli-
tischem Verstand, ein Beweis, daß gewalttätigen
in allerhöchsten Maße das Vaterland in eigenem Wohl-
stande alle Gefahren nicht preisgeben wollen wenn
deutsche Männer sich immer noch nicht zu dem Erkenntnis
durchdringen, daß die Lehren der Gewaltpolitik
wirtschaftlich, politisch und moralisch ver-
werflich sind. Wir Deutsche müssen unter dem Druck der
niederdrückenden gewaltpolitischen Forderungen, die jeden Zu-
sammenhang der gemeinsamen Weltinteressen vergehen, doch
wahrlich begreifen, daß es eine Gemeinheit, aber auch
eine Dummheit ist, den Versuch zu unternehmen, ein
Boll auf 42 Jahre der Sklaverei anderer Völker zu unter-
werfen. Wenn wir Zeugnis noch nicht begreifen,
denn die Welt ist heute der Welt nicht in Deu-
tung gebracht werden kann, dann dürfen wir uns nicht
darüber betlagen, daß das französische Volk
das noch nicht einzieht. Man könnte fast sagen, daß
das höchste Kaden und die höchsten Aufmerksamkeiten der
Deutschnationalen jenem Geiste entspringen, aus dem heraus
die französischen Staatsmänner in national-egoistischer
Verblendung dazu übergehen, unfassbares Unglück über ganz
Europa zu bringen.

Wie dies Vorgehen an diesen Spott der Deutsch-
nationalen Nationen wollen wir uns nicht nur vorzubehalten
sinnem. Das deutsche Volk muß mehr und mehr die Politik
der einzelnen Parteien auch vom Standpunkt der äußeren
Politik aus prüfen. Wir stehen im Kampfe um unser
Recht. Eine Partei aber, die selbst in dieser Lage die
Forderung des Rechtsgedankens im Völkerleben nicht an-
erkennen will, ist zur Lösung der Aufgaben, die unsere Zeit
für Europa, vor allem aber für unser armes Vaterland er-
fordert, unfähig.

Unser Volk kann nur dann stark und wirkungsvoll sein,
wenn es im Geiste von Simons gesprochen wird. So
begreift es die Welt. Ein Protest aber, der innerlich auf
dem Geiste der Gewaltpolitik beruht, ist nutzlos.
Unsere Aufgabe ist es, für das Recht gegen die
Gewalt zu kämpfen und hart zu bleiben in diesem Kampfe.
Auch das mag das deutsche Volk überlegen: Wie die Kom-
munisten haben die Deutschnationalen die Würde des

deutschen Reichstags geschädigt in einer Stunde,
in der wahrlich alles mehr am Plage war als hohes
Ragen und lärmende Wehrgeheule.

Ein Rückzugsgesicht.

Während die Deutsche demokratische Partei das deutsche
Volk zur Einigkeit und zum einmütigen Zusammenstehen
gegen die Partierforderungen aufrief und die Bildung
einer Konzentrationregierung anregte, war es der deut-
sch-nationalen Führer Sygk gegen, der den Eintritt der
Deutschnationalen mit der Begründung zurückwies, das hätte
er nicht, sonst ließen ihm am 20. Februar vier Millionen
Wähler davon. Daß Herr Sygk hier nicht eine Sonder-
stellung innerhalb seiner Partei einnahm, erlahm man aus
einem Artikel der „Kreuzzeitung“, die die Durchführung
einer Ermächtigung des Kabinetts demselben, die schon mit
Rückhalt auf den jetzt mit voller Kraft geführten Wahlkampf
in Preußen scheitern“ müßte. Diese Gefährnisse, daß die
Deutschnationalen der Wahlkraft vorantreiben, waren von so
großer Offenherzigkeit, daß fast ein Teil der deut-
sch-nationalen Presse in einem Rückzugsgesicht Herrn Sygk zu
bedenken sucht. Die Deutschnationalen mögen glauben machen,
daß sie jetzt einen Eintritt in die Regierung mit sich
rechen ließen. Aber sie wissen ganz genau, daß der Zeit-
punkt dafür verfehlt ist. Am ersten Anze, als die An-
regung von den Demokraten ausging, hätte eine Unter-
stützung des Gedanken durch die Deutschnationalen auf die
Sozialdemokratie von kühner Wirkung sein müssen.
Jetzt haben sich die Sozialdemokraten gerade unter Ver-
wertung auf die Deutschnationalen ihrer Bereitwilligkeit
entzogen. Es ist überaus traurig, daß selbst in Zeiten, wo
durch eine nationale Gefährdung unendlich viel zu er-
reichen wäre, bei den Deutschnationalen das Partei-
interesse über die nationalbedingten Notwendigkeiten ge-
stellt wird.

Briands Erklärungen.

Die Erklärung, die am Donnerstag nachmittags
Ministerpräsident Briand in der französischen Kammer
und im Senat über die Ergebnisse der Pariser Konferenz
abgab, lautet etwa folgendermaßen:

Die Konferenz war einberufen worden, um eine Ver-
ständigung über die Entlohnung, über das Orient-
problem und über die Reparationsfrage zu finden.
Es handelte sich zuerst darum, den von der Kontrollkom-
mission festgestellten Berechnungen an den Verpflichtun-
gen, die die deutsche Regierung übernommen hatte, so-
wohl auf Grund des Vertrages als auf Grund des Ab-
kommens von Boulogne und Spa ein Ende zu be-
setzen. Die französische Regierung, die berechtigt war, am
1. Januar 1921 die Anwendung der in Spa festgelegten
Sanktionen zu fordern, hielt darauf, diese Frage mit den allier-
ten Mächten in voller Klarheit zu erörtern; es war ihr
Wunsch, daß vor ihren Augen die Möglichkeit festgestellt
würde, von der sie nicht aufgehört hat, bei der Verfolgung
ihrer unantastbaren Rechte einen Beweis zu liefern. So
schwierig es auch gewesen ist, eine Lösung zu finden, so hätten
sich doch die Alliierten verständigt, daß diese Frage auf die
Tagesordnung der Konferenz gestellt wurde. Die Zeit
war da, um die Unsicherheit zu beseitigen. So ungeheuer
vermindert die ganze Angelegenheit war, so galt es
doch, sobald wie möglich, das Gleichgewicht der Wirt-
schaftsverhältnisse wiederherzustellen. Frankreich befindet sich
in der materiellen und moralischen Notwendigkeit,
den Rückzug zu machen und wieder aufzubauen werden muß-
ten. Aber die Verantwortlichkeit der Beur-
teilung der Zahlungsfähigkeit Deutsch-
lands liegt bei uns, unter welchen Gesichtspunkten man die
Frage auch betrachte. Wie die Ministererklärung es bereits
angekündigt habe, hätte man sich vor dem Unlöslichen
beugen müssen. Deshalb sei man vor folgenden Punkt
gestellt worden:

Von Deutschland sofort die Zahlung von Beträgen
die so hoch wie möglich bemessen werden, zu verlangen,
damit man mit ihrer Realisierung rechnen könne. Des
ist unerlässlich gewesen, nachdem zwei Jahre seit dem Waffens-
stillstand verstrichen sind, während deren Frankreich für
einige Millionen Millionen Reichsmark an Stelle des
sich entziehenden Deutschlands geleistet habe.
Nachdem Briand erklärt hatte, daß die verschiedenen
militärischen Sachverständigen die ent-
scheidendsten Maßnahmen verlangt hätten, namentlich
die Auflösung und Enttarnung der unregulierten
Organisationen, sagte er:

Die Enttarnung

Die Enttarnung
sind namentlich für Frankreich eine vitale Frage der
Sicherheit. Die französische Delegation habe deshalb

in möglichster Weise darauf gebrungen, daß in allen Pun-
ten die Vertragsklauseln und die Verpflichtungen bezüglich
der verschiedenen Probleme in vernünftiger Weise, aber
unter Androhung von Sanktionen, die ihre Ausführung
sicher, gelöst werden könnten. Nachdem diese Frage zur
Zurückberufung von Frankreich geregelt gewesen sei, habe die
Konferenz die Reparationsfrage

die Reparationsfrage

in Angriff genommen. Die Größe der Schuld, selbst wenn
man nur die ins Auge faßt, die durch den Friedensvertrag
von Versailles vorgeschrieben sei, habe vor den alliierten
Mächten ein Problem nicht nur finanzieller, sondern auch
politischer Art aufgeworfen. Es sei während der Reduktion
des Friedensvertrages hätte die Schwierigkeiten als
beträchtlich erwiesen. Jede der installierten Beziehungen
seit der Ratifikation des Friedensvertrages habe sich mit dem
Problem beschäftigen müssen. So schwierig es auch gewesen
ist, eine Lösung zu finden, so hätten sich doch die Alliierten
verständigt. Man habe auch den wirtschaftlichen
Entwicklung Deutschlands seine Zahlungsfähigkeit sich
mit der Zukunft erhoffen werde. Wir haben allen Grund
anzunehmen, daß die Annahme einer Zahlungsnot, die in
Beziehung zu der deutschen Zukunft liegt, dieses Problem mit
der größten Sicherheit und Richtigkeit gelöst hat. Man
könnte nicht aus den Augen verlieren, daß, wenn die deut-
sch-nationalen abgeben können, es sich jedes Jahr Reichs-
tümmer schaffen müßte, indem es seine Ausfuhr
erhöhe und seine Einfuhr auf das allernot-
wendigste beschränke. Das würde es nur tun können
auf Kosten des Handels und der Industrie der Alliierten.
Deutschland wird

diese paradoxe Lage,

jobald es möglich ist, ausgleichen. Zur Prüfung
der genauen Ziffern der deutschen Ausfuhr seien am Kon-
trollmaßnahmen in dem zwischen den Alliierten abge-
schlossenen Abkommen vorgehoben. Die französische Regie-
rung habe keineswegs auf die Möglichkeit wieder-
zukehren, die Zahlung der Reparationsfrage zu ver-
langern. Die Reparationskommission werde gemäß dem
Vertrag den Betrag vor dem 1. Mai 1921 festlegen.

Die 12prozentige Abgabe von Export
sei ein sicheres Zeichen der Wirtschaftsprospérité des Schuld-
ners und werde gestatten, die tatsächlichen Ziffern und die
Rechnungsziffern einander näher zu bringen.

Die Konferenz von Paris habe klar festge-
legt, daß die für die Entlohnung vorgelegenen Sanktionen
sich vollkommen auf das Reparationsproblem
beziehen sollten, die in seiner Weise das unbestrittene Recht
der Alliierten überschreiten. Bei den Sanktionen handele
es sich um die eventuelle Verlängerung der Besetzung
in Rheinland, um die Befehlshaber der deutschen Zoll-
einnaumen und die Befehung eines neuen Teiles deutschen
Gebietes, sei es das Aufgehörte oder eines anderen, ferner
um die Errichtung von Kontrollen und anderen Maßnahmen
im besetzten Rheinland. Schließlich aber auch die Un-
möglichkeit für Deutschland, an dem Völkerbund teilzu-
nehmen, bevor es nicht Beweise seines lokalen Willens ge-
geben habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die es unter-
zeichnet habe.

Die Frage der Kohlenlieferung
nach dem 31. Januar sei schon praktisch durch die Entscheidung
der Reparations-Kommission angeklammert worden, die durch
ein Schreiben vom 27. Dezember die verlangten Ziffern von
220 000 Tonnen für die Monate Februar und März, sowie
von 250 000 Tonnen pro Monat für die Rückstände der vor-
hergehenden Monate ohne Fortschub und Bräme
mitgeteilt habe. Wenn Deutschland widerprotest, werde es
nach dem Vertrage ausführen müssen, der viel höhere Ziffern
vorsieht.

Die Konferenz von Paris habe die Entente
geklärt. Es zwingt diejenigen, die für die Ruinen ver-
antwortlich seien, ihre Schuld zu begleichen. Es sei nicht
eines der geringsten Verdienste dieser Zusammenkunft ge-
wesen, daß sie in einer Atmosphäre von Seriosität
in vollem Vertrauen und in voller Sicherheit entgegenge-
traten.

Nachdem Briand die Regierungserklärung verlesen hatte,
hegab er sich in den Senat, um dort die gleiche Er-
klärung abzugeben.

Die Siedelung in Preußen.

Der preußische sozialdemokratische Landvolkminister
Braun läßt sich mit einem mit Stolz verbreiten, daß er in der
Zeit seiner Amtszeit für die Anliegeriedelung etwa

Heute Abend 8 Uhr spricht Dr. Schreiber im „Wintergarten“.

wurde, und sie an der Straße hinaus herbeigefahren und
 geparkt haben. Während die ersten Autos einen großen
 Ansehenspunkt bilden, hat sich ein Mann in einem Anzug
 und Hut sich umgesehen und beobachtet, wie der vorher
 Gekommene sich auf dem Boden niederlegte. Er hat sich
 sofort umgedreht und gesehen, dass es sich um einen
 Mann handelt, der sich auf dem Boden niederlegt, und
 sich umgesehen hat. Er hat sich sofort umgedreht und
 gesehen, dass es sich um einen Mann handelt, der sich
 auf dem Boden niederlegt, und sich umgesehen hat.

der Vortrag aller ebenfalls überaus interessanten, neue
 Vorträge im Saal des 1. Stockwerks. Die Vorlesung
 beginnt um 7 Uhr. Die Vorlesung beginnt um 7 Uhr.
 Die Vorlesung beginnt um 7 Uhr.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

„Thoma-Abend“ der freien Volkshöhne.
 Ludovic Thoma kennt die Menschen. Nicht nur die kleineren
 Kreise, sondern die Menschen überhaupt. Denn wenn er
 auch in seinem Drama „Die Volkshöhne“ die Kämpfe
 und Kämpfe zeigt, so zeigt er doch auch die großen
 Kämpfe und Kämpfe der großen Kämpfe.

Vereins- und Versammlungskalender der Deutsch-Demokratischen Partei.

Reizvereine: D. D. P. Mittwoch, den 9. Februar,
 abends 8 Uhr, im Palais National, Charlottenstr. 10.
 Vorstand und Vertretungsausschuss.
 Reizvereine: D. D. P. Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10.
 Vorstand und Vertretungsausschuss.

Saal „In der Stadt“ und von C. Albert ein stimmungsvoller Vortrag
 gegeben, eine interessante, internationale Auswahl aus der zeit-
 genössischen Musikproduktion.
 Dr. H. Kleemann.

Stadtkomitee. Letzte Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird das
 Stadtkomitee „Comité du Nord“ von Schaubert und Koppel-Weiß
 geleitet. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr. Einmalige Konzert unter
 Leitung von Prof. Dr. Hans Richter. Solist: Franz E. Hoffmann
 (Violin). Im Vortrag: Quartett für Violinen I, II, Violine III
 und Violoncello. Im Vortrag: Quartett für Violinen I, II, Violine
 III und Violoncello.

Reizvereine in der Wohnung. Am Montag der Beitritt
 des Reizvereins „Männer und Frauen der Erde“ in den
 Reizverein. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Der 40. Jahrestag des Jugendbundes für Ent-
 wickelte Christen am Sonntag, den 2. Februar, abends 7 1/2
 Uhr, im Saal der Christl. Gemeinsh., Magdeburgerstr. 2, 1.
 Stockwerk.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Predigt-Anzeigen.

Christl. Gemeinsh. im Palais National, Charlottenstr. 10.
 Sonntag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr.
 Predigt von Prof. Dr. H. Kleemann.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Reizvereine. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr,
 im Palais National, Charlottenstr. 10. Vorstand und Vertretungsausschuss.

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.

Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.

Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
 Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
 Depositenkasse Wörlitzerstr. 1, Fernspr. 6676.

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Am 1. Februar 1921. Der Verwaltungsrat.

Am 1. Februar 1921. Der Verwaltungsrat.

Am 1. Februar 1921. Der Verwaltungsrat.

Am 1. Februar 1921. Der Verwaltungsrat.

Am 1. Februar 1921. Der Verwaltungsrat.

Am 1. Februar 1921. Der Verwaltungsrat.

